SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 32/19 • 12.09.2019

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

seit Tagen fieberte Brüssel der Verteilung der Ressorts entgegen. Am Dienstag enthüllte die designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schließlich die Portfoliozuteilung und damit einhergehend auch die Organisation der Arbeitsweise der nächsten EU-Kommission (2019-2024).

Im Mittelpunkt der Präsidentschaft von der Leyens stehen drei Leitmotive: der europäische „Grüne Deal", ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist sowie eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Für diese politischen Großprojekte nominierte die Deutsche mit dem Niederländer Frans Timmermans (Klima), der Dänin Margrethe Vestager (Digitales) und dem Letten Valdis Dombrovskis (Wirtschaft) drei Exekutiv-Vizepräsidenten, die dabei auch als reguläre Kommissare fungieren, nicht nur als Koordinatoren. Einzelheiten zu den weiteren Nominierungen finden Sie im Innenteil des EU-Wochenspiegels.

Die Mitglieder des zukünftigen Kommissionskollegiums werden nun von den zuständigen EU-Parlamentsausschüssen ab Ende September befragt und müssen sich dann im Oktober einer Bestätigungsabstimmung durch die Europaabgeordneten stellen.

Mit besten Grüßen

Daniel Wentzlaff
Stellvertretender Leiter der Landesvertretung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2

Aus den Institutionen 4
- Neue EU-Kommission vorgestellt
- Europäische Kommission – Personalia
- Europäische Kommission – Europäische Bürgerinitiativen registriert
- Europäische Kommission – Fortschritte bei der Integration der Roma in Bildungssysteme

Aus den Fachbereichen 9
- EU-Satellitennavigationssystem Galileo erreicht weltweit eine Milliarde Smartphone-Nutzer
- Mehrwertsteuerlücke - EU-Ländern entgingen im Jahr 2017 137 Milliarden Euro an Einnahmen
- Fünf Preise für EU-geförderte Filme auf dem Filmfest von Venedig
- „Oscar der Wissenschaft" geht an EU-finanziertes Event Horizon Teleskop
- Sicherheitsunion - Eurojust startet neues Terrorismusregister

Was, wann, wo 14
- original bauhaus

Ausschreibungen 15
- EP - Aufruf zur Einreichung von Kandidaturen für die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten
- Praktikumsstellen beim Europäischen Rat
- Music Moves Europe - 2 Calls veröffentlicht
- Europäischer Wettbewerb - EUnited - Europa verbindet!
- WiFi4EU – Dritter Call für den 19. September angekündigt

Kontaktbörse 20
- Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche

Büro intern / Tipp 23
- Tipp - Newsletter „Europa in der Schule"
- GOEUROPE - Quizfragen

Ihr Kontakt zu uns 26

Impressum 27

Zurück zur Übersicht

Neue EU-Kommission vorgestellt

13 Frauen, 14 Männer – mit diesem Team will die designierte EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** am 1. November ihren Dienst antreten. Die dazugehörigen Positionen sowie die neue Struktur der nächsten Kommission (2019-2024) hat sie am Dienstag in Brüssel vorgestellt. Sie ist Ausdruck jener Schwerpunkte und Zielsetzungen, welche von der Leyen bereits in ihren Politischen Leitlinien bekanntgegeben hat. Der europäische „Grüne Deal", ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist sowie eine Wirtschaft im Dienste der Menschen bilden dabei die Eckpfeiler.

Den Kampf gegen den Klimawandel, den von der Leyen zu einem der zentralen Ziele ihrer Präsidentschaft gemacht hat, spiegelt sich auch in der neuen Struktur wider: Der Niederländer **Frans Timmermans** soll als einer von drei Exekutiv-Vizepräsidenten dieses Thema vorantreiben. Die Exekutiv-Vizepräsidenten nehmen in der neuen Kommission eine doppelte Funktion wahr: Sie sind als Vizepräsidenten für eines der drei zentralen Themen der Agenda der gewählten Präsidentin zuständig und gleichzeitig Kommissionsmitglieder. Für eine kleine Überraschung sorgte das Portfolio von **Margrethe Vestager**: Die Dänin ist als Exekutiv-Vizepräsidentin für das Kernthema Digitalisierung verantwortlich und behält zudem die Zuständigkeit für den wichtigen Bereich Wettbewerb. Dritter Exekutiv-Vize ist **Valdis Dombrovskis**. Der Lette wird die Arbeiten für die Wirtschaft im Dienste der Menschen koordinieren und als Kommissar mit Unterstützung der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion für Finanzdienstleistungen zuständig sein.

Die fünf anderen Vizepräsidenten sind:

Josep Borrell (Spanien, derzeit spanischer Außenminister): designiert als Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, ein stärkeres Europa in der Welt;

Věra Jourová (Tschechien, Mitglied der Juncker-Kommission): Werte und Transparenz;

Margaritis Schinas (Griechenland, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, langjähriger Beamter der Europäischen Kommission): Schützen, was Europa ausmacht;

Maroš Šefčovič (Slowakei, Vizepräsident der Juncker-Kommission): Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau;

Dubravka Šuica (Kroatien, Mitglied des Europäischen Parlaments): Demokratie und Demografie.

Ziel der neuen Kommission ist es, den Unionsbürgern sowie Unternehmen das Leben zu erleichtern. Durch den Grundsatz „One-in/one-out" soll Bürokratie abgebaut werden: für jede neu erlassene Maßnahme soll eine bestehende aufgehoben werden. Um näher an den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu sein, sollen alle Mitglieder des Kollegiums in der ersten Hälfte ihres Mandats jeden Mitgliedstaat besuchen. Dabei sollen sie nicht nur die

Hauptstädte kennenlernen, sondern die Regionen besuchen, in denen die Menschen leben und arbeiten. Zudem werden zukünftig alle Sitzungen des Kollegiums papierfrei und digital sein.

Hier die weiteren designierten Kommissionsmitglieder:

Johannes Hahn (Österreich) wird für „Haushalt und Verwaltung" zuständig sein und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen direkt unterstehen. Als langjähriges Mitglied des Kollegiums weiß er, wie wichtig eine moderne Verwaltung ist.

Didier Reynders (Belgien) ist ausgebildeter Rechtsanwalt und bringt als ehemaliger Finanzminister, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten und Verteidigungsminister wertvolle Erfahrungen mit. In der neuen Kommission wird er für „Justiz" (einschließlich Rechtsstaatlichkeit) zuständig sein.

Mariya Gabriel (Bulgarien) ist derzeit Mitglied der Europäischen Kommission. Sie hat sich mit Engagement und Energie für das Portfolio Digitales eingesetzt und übernimmt nun mit der Schaffung neuer Perspektiven für die junge Generation eine neue Aufgabe („Innovation und Jugend").

Stella Kyriakides (Zypern) ist medizinische Psychologin mit langjähriger Erfahrung in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Krebsprävention und wird das Ressort „Gesundheit" leiten.

Kadri Simson (Estland) ist langjähriges Mitglied des estnischen Parlaments und Ministerin für Wirtschaft und Infrastruktur. Sie wird für das Ressort „Energie" zuständig sein.

Jutta Urpilainen (Finnland) war Finanzministerin und langjähriges Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des finnischen Parlaments und auch als Sondergesandte in Äthiopien tätig. Sie übernimmt die Verantwortung für „Internationale Partnerschaften".

Sylvie Goulard (Frankreich), ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, ist engagierte und überzeugte Europäerin. Als Kommissarin für den Binnenmarkt wird sie die Arbeiten auf dem Gebiet der Industriepolitik und zur Förderung des digitalen Binnenmarkts leiten. Sie wird zudem für die neue Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Raumfahrt zuständig sein.

László Trócsányi (Ungarn) ist ehemaliger Justizminister Ungarns. Er wird das Ressort „Nachbarschaft und Erweiterung" übernehmen.

Phil Hogan (Irland), amtierender Kommissar für Landwirtschaft, wird seine Erfahrung in der neuen Kommission im Ressort „Handel" einbringen.

Paolo Gentiloni (Italien), ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Außenminister, wird seine reiche Erfahrung im Bereich „Wirtschaft" zum Tragen bringen.

Virginijus Sinkevičius (Litauen), litauischer Minister für Wirtschaft und Innovation, übernimmt das Ressort „Umwelt und Ozeane".

Nicolas Schmit (Luxemburg) bringt Erfahrungen aus dem Europäischen Parlament und aus seinem Amt als Minister für Arbeit und Beschäftigung mit und wird das Ressort „Arbeitsplätze" leiten.

Helena Dalli (Malta) hat sich in ihrem politischen Leben stets für Chancengleichheit eingesetzt und war als Ministerin für sozialen Dialog, Verbraucherschutz und Bürgerrechte sowie als Ministerin für europäische Angelegenheiten und Gleichstellung tätig. Sie wird das Ressort „Gleichstellung" leiten.

Janusz Wojciechowski (Polen) war lange Zeit Mitglied des Ausschusses Landwirtschaft des Europäischen Parlaments und ist aktuell Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. Er wird das Ressort „Landwirtschaft" übernehmen.

Elisa Ferreira (Portugal) ist derzeit Vizepräsidentin der Banco de Portugal. Sie war lange Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments und in Portugal Ministerin für Planung und Umweltministerin. Sie wird das Ressort „Kohäsion und Reformen" übernehmen.

Rovana Plumb (Rumänien) ist Mitglied des Europäischen Parlaments (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten) und war früher rumänische Ministerin für Umwelt und Klimawandel, Arbeitsministerin, Ministerin für europäische Fonds, Ministerin für Bildung und für Verkehr. Sie wird für das Ressort „Verkehr" zuständig sein.

Janez Lenarčič (Slowenien) ist slowenischer Diplomat. Er war Staatssekretär für europäische Angelegenheiten und arbeitete mehrere Jahre lang eng mit den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Europäischen Union zusammen. Er wird für das Ressort „Krisenmanagement" zuständig sein.

Ylva Johansson (Schweden) ist nationale Ministerin für Beschäftigung, aber auch ehemalige Ministerin für Schulen sowie Ministerin für Gesundheit und Altenpflege und Mitglied des schwedischen Parlaments. Sie ist eine anerkannte Expertin in den Bereichen Beschäftigung, Integration, Gesundheit und Soziales. Sie wird das Ressort „Inneres" leiten.

Im nächsten Schritt werden sich sämtliche Mitglieder des zukünftigen Kollegiums dem Hearing durch das Europäische Parlament stellen, welches letztlich seine Zustimmung zum Kollegium als Ganzes zu erteilen hat. Die Hearings finden voraussichtlich ab dem 30. September statt.
• *dw Quelle: EU-Kommission*

Europäische Kommission – Personalia

Die Europäische Kommission hat am 4. September entschieden, Elmar Brok zum Sonderberater von Präsident Juncker für die Beziehungen zur Ukraine zu ernennen. Er wird die Position mit sofortiger Wirkung und ohne zusätzliche Vergütung übernehmen. Zu den Aufgaben des Sonderberaters zählen die Beratung des Präsidenten in Strategiefragen in Bezug auf die Ukraine nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli dieses Jahres.
Brok war von 1980 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlamentes. Neben seinen fast 15 Jahren Erfahrung als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EP war Brok zudem außenpolitischer Sprecher für die Europäische Volkspartei (EVP) und Verhandlungsführer des Europäischen Parlamentes für die Einführung des Europäischen Auswärtigen Dienstes.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen
Daily News vom 4.9.2019

Europäische Kommission – Europäische Bürgerinitiativen registriert

Die Europäische Kommission hat am 4. September beschlossen, drei neue Europäische Bürgerinitiativen zu registrieren. Dabei handelt es sich um die Bürgerinitiativen „Korruption in der EU an der Wurzel packen: Kein Geld für Länder, deren Justiz auch nach Fristablauf noch ineffizient ist“, „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ und „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“. Ferner entschied die Kommission, die geplante Bürgerinitiative „Gewährleistung einer mit den EU-Verträgen und dem Völkerrecht im Einklang stehenden gemeinsamen Handelspolitik“ nicht zu registrieren, da die geforderten Maßnahmen nicht in die Zuständigkeit der Kommission gemäß den EU-Verträgen fallen.
Die Kommission hat die Initiativen noch nicht inhaltlich geprüft, sondern lediglich bestätigt, dass sie rechtlich zulässig sind. Sofern eine der drei registrierten Initiativen innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungs-Erklärungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erhält, wird die Kommission die Initiative prüfen und darauf reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.
Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt und steht den Bürgerinnen und Bürgern seit dem Inkrafttreten der daraus resultierenden Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative im April 2012 zur Verfügung. 2017 legte die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union Vorschläge zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative vor, um sie noch bürgerfreundlicher zu gestalten. Im Dezember 2018 erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform. Die überarbeiteten Vorschriften gelten ab dem 1. Januar 2020.
In der Zwischenzeit wurde das Verfahren vereinfacht, und eine Kooperationsplattform bietet nun Unterstützung für die Organisatoren. Dies hat dazu beigetragen, dass die Zahl der registrierten Bürgerinitiativen um 41 Prozent gestiegen ist (41 Registrierungen während der Amtszeit der Juncker-Kommission gegenüber 29 unter der vorherigen Kommission) und 70 Prozent weniger Initiativen abgelehnt wurden (während der Amtszeit der jetzigen Kommission wurden nur sechs Bürgerinitiativen nicht registriert gegenüber 20 in der Amtszeit davor).
Ist eine Europäische Bürgerinitiative formal registriert, so können eine Million Bürger aus mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten die Europäische Kommission dazu auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse einen Rechtsakt vorzulegen.
Für die Zulässigkeit gelten folgende Voraussetzungen: Die geplante Initiative liegt nicht offenkundig außerhalb des Rahmens, in dem die Kommission zur Vorlage von Vorschlägen für Rechtsakte befugt ist, sie ist nicht offenkundig missbräuchlich, unseriös oder schikanös, und sie verstößt nicht offenkundig gegen die Werte der Union. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Vollständiger Wortlaut der vorgeschlagenen Bürgerinitiativen:
„Korruption in der EU an der Wurzel packen: Kein Geld für Länder, deren Justiz auch nach Fristablauf noch ineffizient ist“ (verfügbar ab 12. September 2019)
„Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ (verfügbar ab 22. September 2019)
www.fridaysforfuture.org/ECI (link is external)

„Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ (verfügbar ab 30. September 2019) www.savebeesandfarmers.eu (link is external)
„Gewährleistung einer mit den EU-Verträgen und dem Völkerrecht im Einklang stehenden gemeinsamen Handelspolitik“
Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden
Website „Die Europäische Bürgerinitiative“
Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative

Europäische Kommission – Fortschritte bei der Integration der Roma in Bildungssysteme

Die EU-Staaten haben bei der Integration der Roma in die Bildungssysteme im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt. Das geht aus dem am 6. September von der EU-Kommission vorgelegten Jahresbericht über die Integration der Roma hervor. „Durch eine angemessene Ausbildung bekommt jedes Kind eine Chance im Leben. Dank der Bemühungen der Mitgliedstaaten besuchen inzwischen 90 Prozent der Roma-Kinder die Grundschule und Sekundarstufe I. Dies ist ein wichtiger und vielversprechender Schritt zur Förderung der Integration“, so EU-Justizkommissarin Věra Jourová. „Aber es bleibt noch viel zu tun, insbesondere beim Zugang zu öffentlichen Versorgungsleistungen, angemessenem Wohnraum, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung. Ich appelliere an alle Mitgliedstaaten, ihre Bemühungen fortzusetzen, damit die Roma dieselben Rechte genießen wie alle anderen EU-Bürgerinnen und -Bürger.“
Der Bericht fasst die wichtigsten Entwicklungen in den vier Politikfeldern (Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum) der nationalen Strategien zur Integration der Roma zusammen. Außerdem untersucht der Bericht die Bemühungen der Mitgliedstaaten im Kampf gegen die Diskriminierung von Roma. Vorläufige Ergebnisse eines Eurobarometers zur Diskriminierung zeigen, dass 61 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die Diskriminierung von Roma in ihrem Land weit verbreitet ist und nur 19 Prozent glauben, dass die Bemühungen ihres Landes zur Integration der Roma-Bevölkerung wirksam sind.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 6. September 2019
Jahresbericht 2019 zur Integration der Roma
Vorläufige Ergebnisse des Eurobarometers zu Diskriminierung

Zurück zur Übersicht

EU-Satellitennavigationssystem Galileo erreicht weltweit eine Milliarde Smartphone-Nutzer

Am 10. September erreichte Galileo, das europäische Satellitennavigationssystem, erstmals eine Milliarde Smartphone-Nutzer weltweit.
Seit Dezember 2016 bietet Galileo sogenannte erste Dienste an, die den Alltag der Bürger und Unternehmen jetzt schon durch genaue Ortungs-, Navigations- und Zeitsignale verbessern.
Fast alle der Smartphone-Chips für die Satellitennavigation herstellenden Unternehmen bieten inzwischen Chips an, die Galileo-Dienste ermöglichen. Der Meilenstein „eine Milliarde Nutzer" basiert auf der Zahl der weltweit verkauften Galileo verwendenden Smartphones. Dieser Rekord wurde just am 15. Jahrestag der Agentur für das Europäische GNSS, des wichtigsten Partners der Kommission für den Betrieb von Galileo, erzielt.
Die tatsächliche Anzahl der Galileo-Nutzer ist größer. In Europa sind alle neuen Pkw-Modelle, die für den Markt zugelassen sind, mit dem eCall-System ausgerüstet, bei dem der Standort des Wagens Notdiensten über Galileo mitgeteilt wird. Seit diesem Jahr ist Galileo in die digitalen Fahrtenschreiber – Geräte zur Aufzeichnung von Geschwindigkeiten und Wegstrecken – von Lastkraftwagen integriert, damit die Einhaltung der Lenkzeitvorschriften gewährleistet und die Straßenverkehrssicherheit erhöht wird.
Galileo hat auch einen lebenswichtigen **Such- und Rettungsdienst (Search and Rescue – SAR)** bereitgestellt, wodurch sich die Zeit, die zum Orten einer Person auf See, im Gebirge oder in der Wüste benötigt wird, auf weniger als 10 Minuten verkürzt, wenn diese Person mit einem Notrufsender ausgestattet ist. Dank Galileo wurde die Ortungsgenauigkeit von 10 km auf knapp 2 km verbessert. Darüber hinaus bestätigt das System der verunglückten Person künftig, dass Hilfe naht.
Schließlich unterstützt Galileo die Behörden mit seinem **öffentlichen regulierten Dienst** bei sicherheitsrelevanten Zwecken. Damit steht staatlichen Nutzern in nationalen Notfall- und Krisensituationen wie Terrorangriffen ein zuverlässiger und komplett verschlüsselter Dienst zur Verfügung, mit dem die Kontinuität des jeweiligen Betriebs gewährleistet wird.
Die europäische Weltraumindustrie, die ihrem Wert nach weltweit an zweiter Stelle steht, ist stark und wettbewerbsfähig. Um die führende Rolle der EU im Weltraum aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, hat die Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 ein Weltraumprogramm in Höhe von 16 Mrd. Euro vorgeschlagen.
Galileo ist das EU-eigene globale Satellitennavigationssystem. Es handelt sich um ein ziviles, unter ziviler Kontrolle stehendes System, das präzise Ortungs- und Zeitgebungsinformationen bereitstellt. Galileo soll Europa von anderen Satellitennavigationssystemen unabhängig machen und seine strategische Autonomie in Sachen Satellitennavigation sicherstellen. Europas Autonomie in diesem Sektor wird den europäischen Arbeitsmarkt beleben, die EU als Sicherheits- und Verteidigungsfaktor aufwerten und neue Technologien (künstliche Intelligenz, Drohnen, automatisiertes Fahren, Internet der Dinge) fördern.

Galileo stellt „erste Dienste“ seit Dezember 2016 bereit. Während dieser Pilotphase, die der „vollen Betriebsfähigkeit“ vorausgeht, werden Galileo-Signale in Kombination mit anderen Satellitennavigationssystemen verwendet. In der Phase der vollen Betriebsfähigkeit werden die Nutzer die Galileo-Signale unabhängig von anderen Satellitennavigationssystemen verwenden können.
Weitere EU-Weltraumaktivitäten sind Copernicus (kostenfreier und offener Dienst für Erdbeobachtungsdaten zur Überwachung von Land, Atmosphäre und Meeresumwelt sowie des Klimawandels, für Katastrophen- und Krisenmanagement und Sicherheit), EGNOS (regionales Satellitennavigationssystem) und SST (Space Surveillance and Tracking – Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum).
Im neuen Weltraumprogramm sollen alle bestehenden und neuen Weltraumaktivitäten der EU in einem einzigen Programm zusammengeführt werden. Dabei werden die bestehenden Infrastrukturen und Dienste aufrechterhalten und eine Reihe neuer Elemente eingeführt. Auf diese Weise soll eine robuste innovative Weltraumindustrie gefördert und der autonome, zuverlässige und kostengünstige Zugang der EU zum Weltraum bewahrt werden.
Mit dem neuen Programm wird auch ein einheitliches und vereinfachtes Lenkungsmodell eingeführt. Die EU wird dafür sorgen, dass die Erhöhung der Finanzinvestitionen von einer effizienten Entscheidungsfindung begleitet wird, sodass alle Weltraumaktivitäten der EU rechtzeitig und der Haushaltsplanung entsprechend durchgeführt werden. Die Kommission wird weiterhin die Verantwortung für die Verwaltung des gesamten Programms innehaben. Die zwischenstaatliche Europäische Weltraumorganisation (ESA) wird aufgrund ihrer besonderen einschlägigen Erfahrung ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des Systems und bei der technischen Unterstützung der operativen Aufgaben des EU-Weltraumprogramms bleiben. Die GSA, die in „Agentur der EU für das Weltraumprogramm“ umbenannt werden soll, wird die Durchführung von EU-Weltraumaktivitäten und deren Marktakzeptanz zunehmend unterstützen und eine größere Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit aller Komponenten des Programms spielen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Vorschlag der Kommission für ein Weltraumprogramm der EU (2021-2027):
Pressemitteilung , Fragen und Antworten , Factsheet und Erklärung von Kommissionsmitglied Bieńkowska zur vorläufigen Einigung über das Programm.
Programm Copernicus (link is external)
Programm Galileo

Mehrwertsteuerlücke - EU-Ländern entgingen im Jahr 2017 137 Milliarden Euro an Einnahmen

Im Jahr 2017 entgingen den EU-Mitgliedstaaten insgesamt 137 Mrd. Euro an Mehrwertsteuereinnahmen. Das zeigt eine am 5. September vorgestellte Studie der Europäischen Kommission zur sogenannten Mehrwertsteuerlücke. Sie beziffert die Differenz zwischen den erwarteten Mehrwertsteuereinnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag. Deutschland ist eines von drei Ländern, in denen die Mehrwertsteuerlücke zunahm (+0,2 Prozentpunkte). EU-Kommissar Pierre Moscovici forderte die EU-Staaten erneut auf, die Vorschläge der Kommission aus dem Jahr 2017 zur Reform des Mehrwertsteuersystems aufzugreifen.

Die Mehrwertsteuerlücke ist ein Indikator für die Wirksamkeit der Durchsetzungs- und Compliancemaßnahmen der EU-Staaten bei der Mehrwertsteuer. Sie dient als Schätzwert für Mindereinnahmen aufgrund von Steuerbetrug, -hinterziehung und -umgehung sowie von Insolvenzen, Zahlungsunfähigkeit und fehlerhaften Berechnungen.
Sie lag EU-weit im Jahr 2017 bei 11,2 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen, etwas weniger als im Jahr zuvor (12,2 Prozent).
Der veröffentlichte Bericht über die Mehrwertsteuerlücke konzentriert sich auf das Jahr 2017, da dies das letzte Jahr ist, für das umfassende Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Eigenmitteldaten verfügbar sind. In diesem Jahr umfasst die Studie jedoch zusätzlich eine Vorhersage mit „Schnellschätzungen" für das Jahr vor dem Jahr der Veröffentlichung des Berichts (d. h. 2018). Diese Schnellschätzungen deuten darauf hin, dass sich die Mehrwertsteuerlücke 2018 voraussichtlich unter die Marke von 130 Mrd. Euro bzw. 10 Prozent der Mehrwertsteuergesamtschuld fallen wird.
Die Studie über die Mehrwertsteuerlücke wird aus dem EU-Haushalt finanziert, und ihre Ergebnisse sind für die EU und die Mitgliedstaaten gleichermaßen relevant, da die Mehrwertsteuer einen wichtigen Beitrag sowohl zum Unionshaushalt als auch zu den nationalen Haushalten darstellt. Bei der Studie wird ein „Top-down"-Ansatz angewandt, und die Mehrwertsteuerlücke wird anhand von Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschätzt. Die Methode wurde im Laufe der Jahre verbessert und verfeinert und bietet nun die beste Kombination von Schätzungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Ergebnisse und der Genauigkeit. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen
Weitere Informationen sind den Antworten auf häufig gestellte Fragen zu entnehmen.
Hier geht es zum vollständigen Bericht und einem Informationsblatt .
VIDEO: Kommissar Moscovici zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs

Fünf Preise für EU-geförderte Filme auf dem Filmfest von Venedig

Fünf vom EU-Programm MEDIA-geförderte Filme wurden bei den 76. Filmfestspielen in Venedig ausgezeichnet. Der Silberne Löwe für den besten Regisseur wurde Roy Andersson für „About Endlessness" (Schweden, Deutschland, Norwegen) verliehen. Das „Coupe Volpi" für den besten Schauspieler wurde an Luca Marinelli für seine Rolle in „Martin Eden" (Italien, Frankreich) verliehen.
MEDIA ist das Förderprogramm der EU für die europäische Film- und audiovisuelle Industrie.
Im Rahmen des Wettbewerbs „Orizzonti", der sich den neuesten Trends des internationalen Kinos widmet, wurden von der Europäischen Union unterstützte Filme mit zwei Preisen ausgezeichnet: Der Orizzonti-Preis für die beste Regie ging an Théo Court für „Blanco en blanco" (Spanien, Chile, Frankreich, Deutschland) und Marta Nieto erhielt den Preis für die beste Schauspielerin für ihre Rolle im Film „Madre" (Spanien, Frankreich). Der Luigi de Laurentiis-Preis ging an Amjad Abu Alala für seinen ersten Film „You Will Die at 20".
Im Rahmen der Filmfestspiele in Venedig wurden in diesem Jahr zwölf von der EU unterstützte Filme gezeigt. Das MEDIA-Programm unterstützt jedes Jahr rund 2.000

europäische Projekte, insbesondere für die Entwicklung, Förderung und den Vertrieb europäischer Werke. Das Programm investiert auch in die Ausbildung von Produzenten, Filmverleihern, Regisseuren und Drehbuchautoren.
MEDIA unterstützt die europäische audiovisuelle Industrie. Gefördert werden Entwicklung, Verbreitung und Promotion europäischer Filme sowie Maßnahmen zu Professionalisierung und Innovation der Branche. Gefördert werden Projekte, die sowohl in inhaltlicher als auch in wirtschaftlicher Ausrichtung eine europäische Dimension aufweisen. Unabhängige FilmproduzentInnen können Förderung für Projektentwicklung und TV- Koproduktionen beantragen. Filmverleih und Vertrieb werden unterstützt, um die Verbreitung europäischer Filme zu gewährleisten. Es gibt außerdem Förderschienen für Trainingsinitativen, Filmfestivals, Filmmärkte, Online Promotion und Kinonetzwerke. Besonderes Augenmerk wird auf Innovation und auf die Erschließung neuer Publikumsschichten gelegt.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 9.9.2019
MEDIA geförderten Filmen bei den Filmfestspielen in Venedig
Europäisches Filmforum bei den 76. Filmfestspielen in Venedig
Merkblatt MEDIA-Programm

„Oscar der Wissenschaft" geht an EU-finanziertes Event Horizon Teleskop

Das auch mit EU-Mitteln finanzierte Event Horizon Teleskop (EHT) hat am 5. September den Breakthrough Prize 2020 erhalten, den sogenannten „Oscar der Wissenschaft". Im April dieses Jahres gelang dank des Projekts das erste Bild eines schwarzen Lochs . Die EU hat das Projekt im Rahmen des Horizon 2020 Programmes mit insgesamt 30 Mio. Euro und drei der beteiligten Wissenschaftler mit 14 Mio. Euro unterstützt.
Mit Hilfe des Teleskopes konnte unter anderem Albert Einsteins Relativitätstheorie bewiesen werden, und es verschafft uns einen Perspektivwechsel in der Betrachtung von schwarzen Löchern.
Der Breakthrough Preis wird seit 2013 für herausragende Errungenschaften in den Biowissenschaften, der Grundlagenphysik und der Mathematik vergeben und ist mit 3 Mio. US-Dollar dotiert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 6. September 2019

Sicherheitsunion - Eurojust startet neues Terrorismusregister

Nationale Justizbehörden werden ab sofort bei der Bekämpfung von terroristischen Bedrohungen durch ein neues Terrorismusregister unterstützt, das Eurojust mit Unterstützung der EU-Kommission am 5. September eingerichtet hat. „Das neue Terrorismusregister wird Justiz und Staatsanwaltschaft dabei unterstützen, proaktiv Verbindungen zwischen Fällen herzustellen, damit sichergestellt ist, dass Straftäter und Terroristen auch wirklich bestraft werden. Dieses neue Instrument ist ein weiterer Baustein unserer Sicherheitsunion", so Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion. Alle

Mitgliedstaaten können das Terrorismusregister nutzen und werden aufgefordert, noch in diesem Monat Informationen über Verdächtige und Fälle zu übermitteln.
EU-Justizkommissarin Věra Jourová fügte hinzu: „Eurojust spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus. Ein schneller Datenaustausch kann den Ausschlag für den Erfolg oder das Scheitern von Ermittlungen geben. Mit diesem neuen Instrument bekommt Eurojust eine noch bessere Grundlage, um die Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus zu schützen."
Nach den Terroranschlägen in Frankreich in Paris und Saint-Denis im November 2015 konnten sofort grenzübergreifende Verbindungen zwischen den Tatverdächtigen festgestellt werden. Frankreich, Deutschland, Spanien, Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande ergriffen daraufhin die Initiative, ein Register bei Eurojust einzurichten, um justizielle Informationen über die Aktivitäten von Terroristen und Terrornetzwerken zu sammeln und einen möglichen Koordinierungsbedarf zu identifizieren.
Auf Grundlage des Ratsbeschlusses 2005/671/JHA wurde nunmehr mit Unterstützung der Europäischen Kommission, des Antiterror-Sonderausschusses des Europäischen Parlaments und des EU-Antiterror-Koordinators ein Register eingerichtet. Die internationale und multilaterale Dimension des Kampfes gegen den Terrorismus und die Bedeutung des Informationsaustauschs werden durch die wachsende Anzahl der laufenden Justizverfahren dokumentiert, über die Eurojust in Kenntnis gesetzt wird und die sich im Jahre 2018 auf 580 beliefen.
Das Terrorismusregister ist eine einmalige EU-weite Datenbank für terroristische Aktivitäten, die auch die steigendende Bedrohung durch nicht-dschihadistischen Terrorismus einschließlich rechts- und linksextremistischer Gruppierungen in Europa erfasst. Das Terrorismusregister konzentriert sich ausschließlich auf justizielle Verfahren und wird nicht zu Überschneidungen mit den von Europol durchgeführten Analysen führen.
• *eag Quelle: PM KOM*

Mehr Informationen:
Daily News vom 5. September 2019
Pressemitteilung von Eurojust

Zurück zur Übersicht

original bauhaus

Bauhaus-Archiv Berlin, Foto: Fotostudio Bartsch

Die Jubiläumsausstellung des Bauhaus-Archivs, Museum für Gestaltung, zeigt berühmte, bekannte und vergessene Bauhaus-Originale.
In 14 Geschichten geht es um die Geschichte hinter den Objekten. Beispiel: Wer ist die berühmte Unbekannte im berühmten Stahlrohrsessel des Bauhauses? Warum blieb Marianne Brandts Tee-Extraktkännchen ein Unikat? Die Ausstellung will das Bauhaus-Erbe neu beleuchten und befasst sich auch mit dem Verhältnis der Bauhaus-Künstler zu Technik und Innovation, Original und Reproduktion.
Der Vorkurs: Jeden Sonntag bieten Experten und die Bauhaus Agenten Übungen aus dem Vorkurs-Unterricht des Bauhauses zum Selbermachen an. So gibt es Vorkurse für Performance, Tanz und Fotografie.
Die Jubiläumsausstellung: original bauhaus, Berlinische Galerie, 6. September 2019 - 27. Januar 2020

TIPPS UND INFOS:
Bauhaus Museum Dessau: Am 8. September 2019 wurde das Bauhaus Museum Dessau eröffnet. Die Ausstellung im neuen Bauhaus Museum erzählt die Geschichte der berühmten Schule in Dessau. Originale Möbel, Textilien, Leuchten, Entwürfe und Prototypen zeigen, wie die Alltagskultur der Moderne entstand.
#moderndenken: „Der Geist, Neues zu wagen, wirkt bis heute in Sachsen-Anhalt fort. In der Kampagne #moderndenken zeigt das Land in vielen positiven Beispielen, dass damals wie heute in Sachsen-Anhalt im Sinne der Bauhausidee neu und modern gedacht wird“, Kulturminister Rainer Robra.
• *eag Quelle: Newsletter der LV Sachsen-Anhalt in Berlin Nr.97 2019*

#moderndenken: Das historische Bauhaus-Foto neu mit Schauspieler Thomas Kretschmann, Roberto Gonzalez, Architekt des neuen Bauhaus-Museums und Neudenkern und Neudenkerinnen in Sachsen-Anhalt ©Staatskanzlei, Michael Deutsch

Ausschreibungen

Zurück zur Übersicht

Gegenstand:	EUROPÄISCHES PARLAMENT Aufruf zur Einreichung von Kandidaturen für die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten
Fundstelle: Abl.	C 293 vom 30. August 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:293:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	**30. September 2019**
Antragsunterlagen:	Die Verarbeitung aller personenbezogenen Daten während des Bewertungs- und Wahlverfahrens erfolgt in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates, wobei alle Einzelheiten zu den Verarbeitungstätigkeiten auf der folgenden Website verfügbar sind: http://www.europarl.europa.eu/ombudsmanelection2019/de/home/home.html

Praktikumsstellen beim Europäischen Rat

Das Generalsekretariat des Europäischen Rates bietet jährlich rund 100 bezahlte Praktika sowie rund 20 unbezahlte Pflichtpraktika an.

Die Bewerbungsfrist für den ersten Praktikumszeitraum 2020 (Februar bis Juni 2020) läuft!

Dieses Praktikumsprogramm der Europäischen Kommission bietet einen spannenden Einblick in die Arbeit der EU und richtet sich an Hochschulabsolventinnen/-absolventen aus der ganzen Welt.

Bewerben können sich Absolventinnen/Absolventen sämtlicher Fakultäten, die bereits über einen Abschluss verfügen (falls dieser noch nicht ausgestellt wurde, kann üblicherweise eine Bescheinigung vorgelegt werden). Die Praktikumsdauer beträgt fünf Monate.

Bewerbungsschluss ist der 30.09.2019, 12:00 Uhr (Brüsseler Zeit)

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 6. September 2019*

Weitere Informationen dazu finden Sie unter:
https://www.consilium.europa.eu/de/general-secretariat/jobs/traineeships/

KREATIVES EUROPA PILOTPROJEKTE
Music Moves Europe - 2 Calls veröffentlicht

Mit der Initiative Music Moves Europe bereitet die Europäische Kommission einen spezifischen Förderbereich für den Musiksektor ab 2021 innerhalb von KREATIVES EUROPA KULTUR vor. Für 2019 sind sechs Pilotausschreibungen geplant, für die insgesamt 3 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die ersten zwei Pilotausschreibungen sind nun veröffentlicht:

1. Call for proposals: Professionalisation and Training

Das Ziel der Ausschreibung „Professionalisierung und Training" ist die Unterstützung von mindestens zehn innovativen und nachhaltigen Pilotausbildungsprogrammen für junge Musiker*innen und Fachleute im Musiksektor, die einen klaren europäischen Mehrwert aufweisen. Der Fokus der Pilotprojekte muss auf der Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten (z.B. im Bereich Digitalisierung, Management, ökonomische Fähigkeiten) der oben genannten Zielgruppe liegen.
Antragsberechtigt sind öffentliche oder private Einrichtungen (profitorientierte oder non-profit Organisationen), die eine Rechtspersönlichkeit besitzen und die ein etablierter Trainings-/Ausbildungsanbieter im Musiksektor sind oder einschlägige Fachkompetenz mitbringen. Ein Projektvorschlag kann von einer einzelnen Einrichtung oder von einem Konsortium, das aus mindestens zwei juristischen Personen besteht, eingereicht werden.
Bei Fragen zur Antragstellung steht Ihnen das Team des CED Kultur gerne jederzeit zur Verfügung.
Einreichfrist: 31. Oktober 2019 (12 Uhr, MEZ)
Projektstart: spätestens am 1. Juni 2020
Laufzeit: max. 15 Monate
Fördersumme: max. 90.000 Euro pro Projekt
Förderung: max 80% der förderfähigen Gesamtkosten
Hinweis: Die Bewerbung muss auf postalischem Weg erfolgen.
Hier geht es direkt zum Call.

2. Call for proposals: Co-operation of Small Music Venues

Das Ziel dieser Aufforderung besteht darin, Veranstaltungsorte für Live-Musik zu fördern. Es werden mindestens 13 innovative und nachhaltige Kooperationsprojekte zwischen kleinen Musikzentren (Indoor-Lokale mit einer Kapazität von bis zu 400 Personen) sowie zwischen kleinen Musikzentren und öffentlichen Einrichtungen unterstützt, um innovative Kooperationsmodelle zu fördern und die Rolle und Identität der Einrichtungen in der lokalen Gemeinschaft zu stärken.
Antragsberechtigt sind öffentliche oder private Einrichtungen (profitorientierte oder non-profit Organisationen), die eine Rechtspersönlichkeit besitzen. Um förderfähig zu sein, muss ein Projektvorschlag von einem Konsortium eingereicht werden, das sich aus mindestens zwei Rechtspersonen zusammensetzt:

- Einzelne Einrichtungen, die kleine Musikzentren betreiben und die in zwei verschiedenen förderfähigen Ländern niedergelassen sind ODER
- Öffentliche oder private Einrichtungen, von denen mindestens eine ein kleines Musikzentrum betreibt, das nicht unbedingt in verschiedenen förderfähigen Ländern niedergelassen ist.

Bei Fragen zur Antragstellung steht Ihnen das Team des CED Kultur gerne jederzeit zur Verfügung.

Einreichfrist: 15. November 2019 (13 Uhr, MEZ)
Projektstart: nach Unterzeichnung des Grant Agreements
Laufzeit: max. 18 Monate
Fördersumme: zwischen 30.000 und max. 70.000 Euro pro Projekt
Förderung: max. 90% der förderfähigen Gesamtkosten
Hinweis: Die Bewerbung muss auf elektronischem Weg erfolgen.
Hier geht es direkt zum Call.
• *eag Quelle: Newsletter Creative Europe Desk 10/2019*

Creative Europe Desk
Die Nationale Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU
Ein Projekt der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Europäischer Wettbewerb - EUnited - Europa verbindet!

Neustart in Europa: Die europäischen Institutionen stellen sich nach der Europawahl für die kommenden Herausforderungen auf. Nationalismus und der bevorstehende Brexit fordern im Inneren, stärkere außenpolitische Verantwortung und Klimawandel drängen auf der globalen Agenda. Der 67. Europäische Wettbewerb ruft dazu auf, sich auf das zu besinnen, was uns verbindet.

Insgesamt 13 Aufgaben für vier Altersgruppen stehen im kommenden Schuljahr zur Wahl. Auch methodisch können die Teilnehmenden ihren persönlichen Interessen folgen: Ob Bild, Text oder Video, selbst komponierter Hip Hop, Plakatserie oder Poetry Slam – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Das gedruckte Plakat ging allen Schulen bis Anfang August zu und kann in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden.
Der Europäische Wettbewerb lässt sich durch seine Offenheit in zahlreiche Schulfächer integrieren – z.B. Kunst, Deutsch oder Fremdsprachen, Politik und Geschichte, Musik und Theater. Er richtet sich ausdrücklich an alle Altersgruppen und Schulformen und berücksichtigt den individuellen Lernhintergrund der Teilnehmenden in der Jurierung.
Wie immer wird das Engagement auch belohnt – es winken mehr als 600 attraktive Preise!
Dazu zählen Geld- und Sachpreise für die Jüngeren und spannende Besuchsprogramme in Berlin, Brüssel oder Straßburg sowie die internationalen Jugendseminare für die älteren Jahrgänge. Machen Sie sich selbst ein Bild – der Kurzfilm zum Europaseminar in Straßburg nimmt Sie mit auf eine audiovisuelle Reise.

Arbeitshilfen für Teilnehmende und Lehrkräfte

Hilfe und Unterstützung bei der Bearbeitung der Themen bietet das Arbeitshilfenportal. Dort finden Sie Ideen und Hintergrundmaterial zur Bearbeitung der Themen der aktuellen Wettbewerbsrunde. Für die Jüngeren hält das Portal beispielsweise eine Zusammenschau der beliebtesten Kinderbuchfiguren und Märchen, Fotostrecken der YouthReporter von potentiellen Lieblingsplätzen in Europa oder einen Wissensschatz von GEOlino rund um das Leben junger Zirkuskünstler bereit. Auch für die älteren Klassenstufen bietet das Arbeitshilfenportal eine Fülle an Materialien – darunter spannende Dokumentationen zu den Themen Klimaschutz und Klima-Demos, Geschlechterrollen oder Frieden in Europa. Auch Hintergrundinformationen vom Europäischen Parlament und der Bundesregierung zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 oder interaktive Formaten zu politischen und gesellschaftlichen Themen von Planpolitik werden aufgeführt. Zusammengetragen sind zudem Hinweise und Anleitungen zur methodischen Umsetzung sowie Grundlagenwissen zur europäischen Integration. | Zum Portal

Darüber hinaus lohnt sich ein Klick auf das „Best of"-Video. Darin werden etwa 150 herausragende Wettbewerbsbeiträge der vorherigen Wettbewerbsrunde zusammengestellt. Es bietet somit sicherlich viele Ideen und Anregungen zur Umsetzung. Nicht zuletzt kann auch ein Blick in das Archiv der Schülerarbeiten hilfreich sein.

Grenzüberschreitendes Arbeiten in Schulen

Sie wollen beispielsweise die Aufgaben des Europäischen Wettbewerbs mit Schulklassen aus dem Ausland gemeinsam erarbeiten? Das geht mit eTwinning, Europas größter Onlineplattform für schulischen Austausch. eTwinning fördert nicht nur Kompetenzen in den Bereichen neue Medien, Fremdsprachen und interkulturelles Lernen, sondern bietet die Möglichkeit neue Freundschaften zu schließen. Bereits über 500.000 Lehrkräfte sind Teil dieses europaweiten Netzwerks. Darüber hinaus winken auch bei etwinning tolle Preise und sogar Qualifizierungszertifikate.

Die e-Twinning-Onlineseminare Ende September, ermöglichen ein erstes Kennenlernen des Portals und schaffen einen Raum für interessierte Lehrkräfte, um mögliche Projektpartner zu finden. Ideen zum Vorgehen und der Umsetzung bieten auch die Beispielprojekte auf unserer Website. | Mehr erfahren

Siehe auch WS 30/19

• *eag Quelle: Newsletter „Europa in der Schule 2/2019*

WiFi4EU – Dritter Call für den 19. September angekündigt

Das Datum des dritten Aufrufs des Förderprogramms WiFi4EU wurde für den 19. September um 13:00 Uhr MEZ bekannt gegeben. Mit einem Aufrufbudget von 26,7 Mio. EUR wird die Europäische Kommission 1.780 Gutscheine in den europäischen Gemeinden vergeben. Um sich für einen der Voucher im Wert von 15.000 Euro zu bewerben, ist vorab eine Registrierung im WIFi4EU Portal notwendig. Die Antragsteller werden im Windhundverfahren, also in der Reihenfolge der Beantragung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Anzahl von Gutscheinen zugutekommt. Der Call wird nur bis zum 20. September, 17:00 Uhr MEZ geöffnet sein.

Der WiFi4EU-Gesetzesvorschlag war von der EU-Kommission im September 2016 im Rahmen ihrer Strategie zum Digitalen Binnenmarkt vorgelegt worden. Er sieht die Schaffung eines 120 Mio. Euro schweren Gutscheinsystems aus dem EU-Haushalt vor, um interessierten Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Möglichkeit zu bieten, ihren Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Gebäuden und in deren Umfeld freie WLAN-Zugänge anzubieten. Es sollen insgesamt bis zu 9.000 Gemeinden von diesem Projekt profitieren.

Ein WiFi4EU-Gutschein stellt pro Gemeinde einen festen Betrag von 15.000 Euro dar, der die Installation von WLAN-Geräten auf dem neuesten Stand der Technik in den Zentren von gemeinschaftlichem Leben wie Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen ermöglicht. Der WiFi4EU-Gutschein gilt für Ausrüstung und Installation der WLAN-Hotspots. Man kann mit dem WiFi4EU-Gutschein auch ein hochwertigeres Projekt teilfinanzieren. Gemeinden, die einen Gutschein erhalten, müssen mindestens drei Jahre lang für den Internetzugang und die Wartung der Ausrüstung zahlen, um eine kostenlose und hochwertige WLAN-Internetanbindung zu gewährleisten. • *dw Quelle: EU-Kommission*

Weitere Informationen:
Liste der förderfähigen deutschen Kommunen: hier
Fragen und Antworten zu WiFi4EU: hier

Kontaktbörse

Zurück zur Übersicht

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank Link

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsgesuch H2020 Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Endnutzer für IKT-Instrument zur Verbesserung der Behandlung älterer Menschen mit multimorbiden Krankheiten gesucht** Ein multinationales Konsortium, das von einer französischen Universität geleitet wird, bereitet einen Projektantrag im Rahmen des Förderprogramms Horizon 2020 vor. In dem Projekt geht es um ein innovatives IKT-basiertes Gerät, das verschiedene Expertise (Gerontologie, Onkologie etc.) zur Therapierung älterer Patienten mit multimorbiden Krankheiten zusammenbringt. Dieses Instrument soll es ermöglichen, jede Maßnahme im Zusammenhang mit dem Krankheitsfall jedes Patienten zu koordinieren. Das Konsortium ist auf der Suche nach potenziellen Endnutzern, um das Tool im Rahmen einer FuE-Vereinbarung zu testen. Die gesuchten Endnutzer können öffentliche oder private Einrichtungen (Krankenhäuser, Altenheime etc.) sein, die sich mit den Fragen der Gerontologie im Zusammenhang mit der Multimorbidität befassen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/cad2c248-6640-43ad-9038-0a18076b7ec1 Referenznummer: RDFR20190905001

Forschungsgesuch H2020 Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Partner zur Erschaffung eines echt begehbaren Airline-Terminals gesucht** Ein britisches Konsortium sucht weitere Partner, um sich um eine H2020-Finanzierung zu bewerben, um ein umfassendes, neues digital überarbeitetes Modell für Fluggäste zu entwickeln, das eine echte Terminal-"Walk-Through"-Fähigkeit ermöglicht. Gesucht werden IKT-Unternehmen oder Universitäten, die in der Lage sind, komplexe, innovative integrierte Softwarelösungen unter Verwendung von Blockchain und KI einzubringen, sowie ein Unternehmen mit Expertise in biometrischen Verfahren. Im Rahmen einer Forschungskooperation sollen gemeinsam Prozesse entwickelt werden, die eine maschinelle Abfertigung von Fluggästen ermöglichen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/22aad5c9-ae4a-4195-abe5-f4c26442b205 Referenznummer: RDUK20190830001
Technologiegesuch Polen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Polnischer Experte für 3D-Drucker sucht Materialien zur Herstellung von Zahnimplantaten und Veneers** Ein Hersteller von 3D-Druckern aus Nordostpolen sucht einen Lieferanten für Materialien, die zum 3D-Druck von Zahnimplantaten oder Veneers verwendet werden können. Das Unternehmen ist auf der Suche nach einem hochwertigen, lichthärtenden Harz, das für den zahnärztlichen Gebrauch geeignet ist, ist aber auch offen für Vorschläge für andere (bessere) Materialien. Es wird eine Zusammenarbeit im Rahmen einer kommerziellen Vereinbarung mit technischer Unterstützung angestrebt. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO

		/Profile/Detail/843a7ecb-2d70-4d89-ac56-c4838285dba1 Referenznummer: TRPL20190826001
Geschäftliches Gesuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Niederländischer Anbieter von Coworking und Coliving-Räumen sucht Lieferant von Zugangssystemen** Die niederländische Niederlassung eines deutschen Anbieters von flexiblen Büroflächen und Arbeitsplätzen wächst nun in den Niederlanden. Neben Co-Working-Arbeitsplätzen bietet das Unternehmen verschiedene Möglichkeiten für Meetings und Veranstaltungen. Das Unternehmen ist auf der Suche nach einem System, das seinen Mitgliedern einen einfachen Zugang zu den Gebäuden ermöglicht und wichtige Daten wie Ein- und Ausgang verfolgt. Es sollte außerdem die Verwaltung der Schlüssel/Passwörter für alle Umgebungen (Web, soziales Netzwerk, physischer Ort) ermöglichen und den Nutzern universellen Zugriff, z. B. mit dem Smartphone, ermöglichen. Der Partner sollte bereit sein, im Rahmen einer Lieferantenvereinbarung zusammenzuarbeiten. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/c6dd78bd-b637-454a-9b70-afe212b4c264 Referenznummer: BRNL20190830001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de

Büro intern / Tipp

Zurück zur Übersicht

Tipp - Newsletter „Europa in der Schule“

Die neue Ausgabe des Newsletters „Europa in der Schule“ des Netzwerkes EBD – Europäische Bewegung Deutschland – wurde im September 2019 veröffentlicht.
Der Tenor liegt auf der aktuellen Runde des Europäischen Wettbewerbes „EUnited –Europa verbindet“.
„Egal ob es ins erste Schuljahr oder ins Abschlussjahr geht: Der Unterrichtsbeginn nach den "großen" Ferien ist für alle Beteiligten ein aufregender Einschnitt. Die Schule ist eben nicht nur der Ort, an dem ein Curriculum abgearbeitet wird, sondern immer auch Nährboden für Freundschaften, Raum für sportliche, musische und gesellschaftliche Aktivitäten - kurz: ein Labor fürs Entwickeln der eigenen Persönlichkeit.
Wie man und frau Europa in der Schule erleben kann, stellt dieser Newsletter zusammen. Kennen Sie zum Beispiel das Unionslabor? In dem Simulationsspiel, das am Smartphone oder Tablet gespielt werden kann, schlüpfen Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 8 in die Rolle der Staats- und Regierungschefs der EU. Wie trifft man gemeinsam wichtige Entscheidungen, die für die Länder unterschiedliche Folgen haben können? Hier kann es eine Doppelstunde lang ausprobiert werden. Auch spannend: Das Portal „Europa unterrichten“. Es stellt interaktive Methoden und interessante Materialien zum Thema Europa für den Unterricht zur Verfügung.
Und nicht zuletzt ist auch der Startschuss für die aktuelle Runde des Europäischen Wettbewerbs gefallen: „EUnited – Europa verbindet“, lautet sein Motto. Die Jüngsten machen sich auf die Suche nach europäischen Märchen- und Kinderbuchfiguren: Von Lissabon bis Sofia verbinden die Abenteuer von Pippi Langstrumpf, dem Froschkönig oder Jim Knopf die Kinderzimmer. Ältere Schülerinnen und Schüler erkunden, was uns Europäerinnen und Europäer gesellschaftlich und politisch verbindet: Frieden auf dem europäischen Kontinent, Wertschätzung für Vielfalt und die Zukunft unseres Planeten. Die EU und ihre Werte werden gebraucht – weltweit, aber auch von den Europäerinnen und Europäern selbst. Der 67. Europäische Wettbewerb ruft dazu auf, sich auf das zu besinnen, was uns verbindet. Inspiration für Lehrerinnen und Lehrer bietet das Arbeitshilfenportal, das zum Start der Runde reich bestückt ist.“ • *eag*
Weitere Themen sind u.a.

- Bildungsangebote Europa in der Schule
- Europa macht Schule
- EuroPeers
- EU-Projekttag an Schulen

Details finden Sie hier: Link sowie auf Facebook und Twitter
Der nächste Newsletter erscheint im Dezember 2019.

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.
Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational" hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.
In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".

Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Am vergangenen Freitag brachte die Europäische Kommission ihren Jahresbericht über die Integration der Roma heraus. In der EU leben insgesamt etwa 6 Millionen Roma, die damit auch die größte ethnische Minderheit sind. Nach wie vor ist ihre Lage in vielen Ländern der EU prekär. 2011 hatte die Europäische Kommission deshalb die Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, nationale Strategien zur Integration der Roma zu entwickeln. Das dafür entwickelte „EU Framework for National Roma integration strategies" hat vier Kernbereiche: Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum. Um Entwicklungen der nationalen Strategien in diesen Bereichen geht es auch in dem Bericht vom 06. September.

1. Der Bau einer Mauer, um ein Viertel, in welchem vor allem Roma leben, von einem anderen Viertel abzugrenzen. Ghettoisierung. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Roma-Kinder, die automatisch auf Förderschulen geschickt werden, nicht auf Regelschulen. All dies sind Beispiele für Diskriminierung der Roma in Europa. Laut Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2019, wie viele der Befragten (zufällig ausgewählte Personen aus ganz Europa) denken, dass Diskriminierung von Roma in ihrem Land verbreitet ist?
A) 41 %
B) 61 %
C) 81 %

2. Im Jahresbericht über die Integration der Roma 2019 werden die nationalen Strategien zur Integration der Roma zusammengefasst dargestellt und ausgewertet. Welche sind laut Bericht die am meisten verbreitetesten Maßnahmen im Bildungsbereich?
A) Maßnahmen, um Segregation in den Schulen zu bekämpfen
B) Maßnahmen, bei denen die individuellen Bedürfnisse der Kinder in Zusammenarbeit mit

den Familien im Vordergrund stehen
C) Maßnahmen, die das frühzeitige Verlassen der Schule reduzieren

3. Romani oder Romanes, wie im deutschen Sprachraum auch verbreitet, ist die Sprache der Roma. Sie ist mit dem indischen Sanskrit verwandt, und in mehreren europäischen Ländern als Minderheitensprache anerkannt, auch in Deutschland. Es gibt viele Dialekte, da sich die Sprachen der Mehrheitsbevölkerung und das Romanes auch meist gegenseitig beeinflusst haben. Welches deutsche Wort hat, laut Duden, seinen Ursprung im Romanes?
A) Zaster
B) Ische
C) Peitsche

Lösung:

1.B) 61 % der Befragten EU-weit gaben an, ihrer Ansicht nach sei Diskriminierung gegen Roma in ihrem Land verbreitet. Allerdings ist dies eine sehr persönliche Sicht, denn was auffällt, ist, dass teilweise in Ländern, in denen laut anderen Fragen sowie Studien die Diskriminierung stärker ist, in dieser Frage nur ein geringer Teil der Befragten Diskriminierung sieht. Beispielsweise Bulgarien: nur 38 % denken, dass Diskriminierung verbreitet ist, während auf andere Fragen, etwa „Wie fänden Sie es, wenn Ihr Kind eine Beziehung zu einem Angehörigen mit Roma-Hintergrund führt?“ oder, ob es ok wäre, wenn Roma-Kinder in der Klasse des eigenen Kindes wären, signifikant häufig mit Ablehnung reagiert wird.

2. C) Insgesamt 18 der EU-Mitgliedsstaaten investieren in Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das frühzeitige Verlassen der Schule zu reduzieren. Maßnahmen, um Segregation in den Schulen zu bekämpfen, werden in 12 Mitgliedsstaaten durchgeführt, und Maßnahmen, bei denen die individuellen Bedürfnisse der Kinder in Zusammenarbeit mit den Familien im Vordergrund stehen, in 14 Mitgliedsstaaten. Insgesamt konnten im Bildungsbereich bereits Erfolge erzielt werden, während es in den anderen Bereichen weitaus schlechter aussieht. So etwa bei der Beschäftigung: es befinden sich nur 43 % der Roma in bezahlter Arbeit, und bei den 16-24-Jährigen liegt die Arbeitslosenquote sogar bei 63 % (72 % bei den Frauen, 55 % bei den Männern).
Den Jahresbericht zum Nachlesen finden Sie verlinkt auf folgender Internetseite: https://ec.europa.eu/germany/news/20190906-integration-roma_de.

3. A) Das Wort Zaster (Geld) ist eigentlich ein Lehnwort aus dem Romanes: saster heißt „Eisen, Metall“. Ische wiederum als Dialektwort oder veraltetes Wort für Frau, manchmal auch abwertend, kommt aus dem Hebräischen/ Jiddischen: אישה – Ischa – Frau, während das Wort Peitsche aus dem Sorbischen (bič) oder Polnischen entlehnt wurde.
Geschätzt sprechen noch etwa drei Viertel der Roma Romanes als Muttersprache, allerdings haben es viele aufgrund von Zwangsassimilierung und Ausgrenzung verloren. Außerdem ist es eine gesprochene Sprache, welche nicht an Schulen oder Universitäten gelehrt wird.

Das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle informiert über vielfältige Themen rund um Europa. Bei Fragen und Anregungen können Sie uns per Mail an info@europedirect-halle.de erreichen.

Ihr Kontakt zu uns

Zurück zur Übersicht

Unsere Anschrift	Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union 80, Boulevard Saint Michel B – 1040 Brüssel Belgien
E-Mail-Adresse	sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de
Telefon (Sekretariat)	+32 2 741 09 31
Telefon (direkt)	+32 2 741 09 – Durchwahl
Fax	+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen	☎	✉
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	…30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	…19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	…33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	…12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	…18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	…10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr, Soziales	…16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	…32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	…36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	…31	E-Mail
Heike Zembrod (HZ)	Hospitantin	…38	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	…22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	…22	E-Mail

Zurück zur Übersicht

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin
Elke Andrea Große

Fotos
Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben oder Quelle: Internet

Layout
Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.